



IM FOKUS!

Mainz, 19. Juni 2026

Nr. 19/3

Stärkt Wohlstand die Demokratie? Stärkt die Demokratie Wohlstand? – Einblicke in ein komplexes Forschungsfeld

Am **22. März** hat Rheinland-Pfalz einen neuen **Landtag** gewählt. Für die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler spielten die Themen **Wirtschaft** und **Wohlstand** eine zentrale Rolle – wobei Wohlstand neben rein finanziellen Aspekten auch Bereiche wie Bildung und Gesundheit umfasst.¹ Dieser Beitrag nähert sich dem Thema aus der Perspektive des **Landtags als demokratische Institution** – es geht um den Zusammenhang von Demokratie und wirtschaftlicher Situation im Land, genauer: um den **Zusammenhang von Demokratie und Wohlstand**.

Wie wirken sich wirtschaftlich herausfordernde Zeiten auf die Stabilität der Demokratie aus? Kann eine Stärkung der Demokratie zu mehr Wohlstand im Land führen? Welchen Beitrag können wiederum Wohlstand und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie leisten?

Die Leitfrage des Beitrags lautet also, ob **ökonomische und demokratische Entwicklungen unabhängig** voneinander verlaufen oder strukturell **zusammenhängen**. Ziel ist, diesbezüglich **Risiken** und **Chancen** für die Demokratie abzuleiten.

Um herauszufinden, ob eine **Korrelation** zwischen wohlhabenden und demokratischen Ländern besteht, werden im ersten Abschnitt Daten zu Wohlstand und Demokratie weltweit ausgewertet (I). Anschließend gibt der Beitrag einen Einblick in das **komplexe Forschungsfeld** über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wohlstand, in dem viele, oft empirische, Studien vorliegen, die meist keine einfachen Antworten liefern und sich teilweise in der Interpretation der Daten widersprechen. Die Ergebnisse als Ganzes deuten daher weniger auf einen direkten kausalen Effekt in einer bestimmten Richtung, sondern auf **indirekte Effekte in beide Richtungen** hin.² Im Folgenden werden vier Ansätze vorgestellt, die sich vereinfacht zusammenfassen lassen als: Wohlstand führt zu Demokratie (II), Demokratie führt zu Wohlstand (III), Wohlstand erhält Demokratie am Leben (IV), ungleich verteilter Wohlstand gefährdet Demokratie (V).

I. Demokratie und Wohlstand in Zahlen

Was wird im Rahmen dieses Beitrags unter den zentralen Begriffen **Wohlstand** und **Demokratie** verstanden? Wie werden diese

¹ Vgl. tagesschau, ‚Rheinland-Pfalz Landtagwahl 2026: Wahlentscheidende Themen‘ <<https://www.tagesschau.de/inland/landtagswahlen/landtagswahlen-analysen-100.html>> [zuletzt geprüft am 07.04.2026].

² Vgl. Uwe Sunde, ‚Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie: Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?‘, IZA Discussion Paper, 2244 (August 2006), S. 18.

Konzepte gemessen und zueinander in Relation gesetzt?

Laut dem Soziologen und Politikwissenschaftler Larry Diamond eignen sich **rein ökonomische Größen** wie das Nationaleinkommen pro Kopf oder das Bruttosozialprodukt nur bedingt, um den Wohlstand von Ländern weltweit zu messen und zu vergleichen. So ist es beispielsweise schwierig, die Geldeinkommen in vielen Entwicklungsländern angemessen zu berücksichtigen, da in diesen ein großer Teil der wirtschaftlichen Aktivität im informellen Sektor stattfindet. Es ist ebenfalls schwierig, das Entwicklungsniveau der größten ölexportierenden Länder richtig einzuordnen, deren Einkommen ihren tatsächlichen sozioökonomischen Entwicklungsstand bei Weitem überzeichnet.³

Daher legt Diamond mit dem **Human Development Index (HDI)** eine Größe für Wohlstand zugrunde, die **monetäre** und **nicht monetäre Indikatoren** verbindet und so eine größere Aussagekraft hinsichtlich des tatsächlichen Wohlstands besitzt.⁴ Dieses **umfassendere Verständnis von Wohlstand** liegt auch diesem Beitrag zugrunde. Welche Kriterien werden also über den HDI erfasst?

Der Human Development Index – vom United Nations Development Programme als Teil

des jährlichen Human Development Reports veröffentlicht – kombiniert **drei Dimensionen** der menschlichen Entwicklung: einen **angemessenen Lebensstandard** (Bruttonationaleinkommen pro Kopf), **Wissen** (erwartete und durchschnittliche Zahl absolvierter Schuljahre) und ein **langes und gesundes Leben** (Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt).⁵ Nach diesen Kriterien teilt der HDI die Länder der Welt in vier Kategorien ein: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung.⁶ Der folgenden Auswertung werden die Ergebnisse des Human Development Index 2023 zugrunde gelegt.⁷

Um Demokratie messen und sowohl im Zeitverlauf als auch unter verschiedenen Ländern weltweit vergleichen zu können, kann sich verschiedener sogenannter **Demokratieindizes** bedient werden. Sie legen jeweils eine eigene Definition von Demokratie zugrunde und ermitteln anhand einer Vielzahl von Indikatoren, in welchem Maß Länder auf der ganzen Welt demokratisch sind.⁸ Im Folgenden wird auf die Auswertung der Ergebnisse des Democracy Index 2023 der Economist Intelligence Unit (EIU) und der Ergebnisse der Regimes of the World-Systematik (RoW) 2023, die auf der Auswertung der Daten des Varieties of Democracy Forschungsprojekts (V-Dem) basiert, zurückgegriffen.⁹

³ Vgl. Larry Diamond, 'Economic Development and Democracy Reconsidered', *American Behavioral Scientist*, 35.4/5 (1992), S. 450–499 (S. 457–458).

⁴ Vgl. Diamond, S. 458.

⁵ Vgl. 'Human Development Index (HDI)' <<https://hdr.undp.org/data-center/human-development-index#/indicies/HDI>> [zuletzt geprüft am 05.03.2026].

⁶ Im englischen Original: very high human development, high human development, medium human development, low human development.

⁷ Vgl. *Human Development Report 2025: A matter of choice: People and possibilities in the age of AI* (United Nations Development Programme, 2025), S. 274–277.

⁸ Vgl. dazu auch „Die Zustandsmessung der Demokratie. Ein Beitrag zum 15. September – Internationaler Tag der Demokratie“, *Im Fokus! 18/25*, 12. September 2025.

⁹ Vgl. *Democracy Index 2023: Age of conflict* (Economist Intelligence Unit, 2024), S. 9–13, und *Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot* (V-Dem Institute,

Der **Democracy Index der EIU** teilt die Staaten der Welt in vier Kategorien ein: voll ausgeprägte Demokratie, Demokratie mit Mängeln, hybrides Regierungssystem und autoritäres Regierungssystem.¹⁰ Vergleicht man die Ergebnisse des Democracy Index mit den Daten des Human Development Index ergibt sich ein recht klares Bild. Unter den 25 Ländern mit den höchsten HDI-Werten, denen allen ein sehr hoher Entwicklungsstand zugeschrieben wird, befinden sich 17 voll ausgeprägte Demokratien, fünf Demokratien mit Mängeln, ein hybrides und ein autoritäres Regierungssystem.¹¹ Insgesamt handelt es sich also bei **22 von 24 Ländern** mit den **höchsten HDI-Werten**, die in beiden Datensätzen enthalten sind, um **Demokratien**. Das HDI-Ranking weist insgesamt 26 Länder mit einem niedrigen Entwicklungsstand aus. Von diesen sind sieben hybride und 17 autoritäre Regierungssysteme.¹² Unter den am **wenigsten weit entwickelten Ländern** der Welt befindet sich nach der Definition des EIU Democracy Index also **keine einzige Demokratie**.

Die „**Regimes of the World**“-Systematik (**RoW**) teilt die Länder der Welt in vier Kategorien ein: liberale Demokratien, Wahldemokratien, Wahlautokratien und geschlossene

Autokratien.¹³ Wenn auch etwas weniger eindeutig als beim Democracy Index der EIU zeigt der Vergleich der RoW-Daten mit den HDI-Werten ebenfalls eine klare Tendenz. Zu den 25 Ländern mit den höchsten HDI-Werten, die alle einen sehr hohen Entwicklungsstand erreicht haben, zählen 18 liberale Demokratien, drei Wahldemokratien, eine Wahlautokratie und zwei geschlossene Autokratien.¹⁴ Insgesamt handelt es sich also bei **21 von 24 Ländern** mit den **höchsten HDI-Werten**, die in beiden Datensätzen enthalten sind, um **Demokratien**. Bei den insgesamt 26 Ländern in der untersten Kategorie des HDI-Rankings mit einem niedrigen Entwicklungsstand handelt es sich um vier Wahldemokratien, zwölf Wahlautokratien und zehn geschlossene Autokratien.¹⁵ Bei einem **Verhältnis von vier zu 22** sind die **Demokratien** gegenüber den **Autokratien** in dieser niedrigen Entwicklungsstufe also deutlich in der **Minderheit**.

Die vorgenommene Datenauswertung verweist in der **Unterschiedlichkeit der Ergebnisse im Detail** – je nachdem, welcher Demokratieindex und damit welches Demokratieverständnis und welche Systematik zugrunde gelegt werden – auf die **Komplexität** der untersuchten Größen und ihrer Messung. Die

2024), S. 17. Das aktuellste vorliegende HDI-Ranking bezieht sich auf das Jahr 2023. Daher werden, um eine bestmögliche Vergleichbarkeit herzustellen, nicht die aktuellsten Ergebnisse der Demokratieindizes zugrunde gelegt.

¹⁰ Im englischen Original: full democracy, flawed democracy, hybrid regime, authoritarian.

¹¹ Liechtenstein (Platz 17 im HDI-Ranking) ist nicht im EIU Democracy Index enthalten.

¹² Somalia und South Sudan (Plätze 192 und 193 im HDI-Ranking) sind nicht im EIU Democracy Index enthalten.

¹³ Im englischen Original: liberal democracies, electoral democracies, electoral autocracies, closed autocracies.

¹⁴ Liechtenstein (Platz 17 im HDI-Ranking) ist nicht im RoW-Datensatz enthalten.

¹⁵ Die RoW-Systematik enthält eine sogenannte Grauzone, in die Länder eingeordnet werden, deren Zuordnung zu einem Regimetyp nicht eindeutig ist. Von den betrachteten Ländern befinden sich Benin und Sierra Leone in dieser Grauzone. Sie sind als Wahlautokratie klassifiziert und also solche in die obige Auswertung eingeflossen, liegen aber in der Grauzone zur Wahldemokratie.

geteilte klare Gesamttendenz der Auswertung deutet aber auch auf einen grundsätzlichen **Zusammenhang zwischen Demokratie und Wohlstand** hin. Im Folgenden werden vier mögliche Zusammenhänge vorgestellt.

II. Wohlstand führt zu Demokratie

Die Politikwissenschaftler Christian Welzel und Ronald Inglehart argumentieren in ihrem Aufsatz „The Role of Ordinary People in Democratization“, dass **Entwicklungsfaktoren** eine dominierende Rolle für das **Entstehen** und **Überleben** einer wirksamen **Demokratie** spielen.¹⁶

Ausgangspunkt ihrer Theorie ist, dass Menschen ihre unterschiedlichen **Bedürfnisse priorisieren**. Oberste Priorität erhalten dabei stets Dinge, die entscheidend sind für das **Überleben**, wie der materielle Lebensunterhalt und die physische Sicherheit. In prekären wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmen grundlegende Fragen des Überlebens das Denken und Handeln.¹⁷

Bei **wachsendem wirtschaftlichem Wohlstand** vollziehen sich zwei Entwicklungen. Zunächst vergrößern sich die **Potenziale der Menschen**, ihr Leben aktiv mitzugestalten.¹⁸ Dieser Prozess vollzieht sich auf mehreren Ebenen. Die Menschen verfügen über größere **materielle Ressourcen**. Ihre **kognitiven**

Fähigkeiten wachsen durch bessere Bildung und mehr Qualifikationen. Außerdem nimmt die Zahl ihrer **sozialen Kontakte** zu. Diese Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten führt dazu, dass sich die Menschen emanzipieren und beispielsweise eher in der Lage sind, sich am politischen Diskurs oder einer starken Zivilgesellschaft zu beteiligen.¹⁹

Damit einher geht eine **veränderte Priorisierung der Bedürfnisse**, weg vom reinen Überleben und hin zu dem Streben nach **freier, individueller Selbstentfaltung**.²⁰ Wenn ein großer Anteil der Bevölkerung in dem Bewusstsein aufwächst, dass das Überleben gesichert ist, rückt das zunächst dem Überlebenskampf untergeordnete universelle menschliche **Bestreben nach Autonomie und (Wahl-)Freiheit** stärker in den Mittelpunkt. Menschen wollen eigene Entscheidungen darüber treffen, wie sie ihre Zeit verbringen, wofür sie ihr Geld ausgeben, an was sie glauben und welche sozialen Kontakte sie knüpfen, und sie stellen rigide Hierarchien infrage.²¹ In Gesellschaften, in denen diesen Werten der Selbstentfaltung und Freiheit hohe Bedeutung beigemessen wird, herrscht ein hohes Maß an **zwischenmenschlichem Vertrauen**, an **Toleranz** gegenüber anderen

¹⁶ Vgl. Christian Welzel und Ronald Inglehart, „The Role of Ordinary People in Democratization“, *Journal of Democracy*, 19.1 (2008), S. 126–140 (S. 128). Die Autoren unterscheiden zwischen *electoral democracies*, die nur einen absoluten Mindeststandard für Demokratie erfüllen, vor allem durch das Abhalten von Wahlen, und *effective democracies*, die einen höheren Standard liberaler Demokratien erfüllen wie

ein größeres Maß politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten sowie ein geringes Maß an Korruption.

¹⁷ Vgl. Welzel und Inglehart, S. 130.

¹⁸ Diese Handlungsressourcen werden im englischen Original als *action resources* bezeichnet.

¹⁹ Vgl. Welzel und Inglehart, S. 129–130 und 133.

²⁰ Diese Werte der Selbstentfaltung werden im englischen Original als *self-expression values* bezeichnet.

²¹ Vgl. Welzel und Inglehart, S. 133.

Gruppen und **politischem Aktivismus**. Im sozialen Leben und in der Politik wird viel Wert auf **partizipative Elemente** gelegt.²²

Das Streben nach Freiheit und Autonomie untergräbt tendenziell die **Legitimität autoritärer Systeme**.²³ So können in Gesellschaften, die diesen Werten eine große Bedeutung beimessen, **wirksame demokratische Institutionen** entstehen – historisch betrachtet meist als Resultat aktiver Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger.²⁴

Nach Welzel und Inglehart besteht also folgender **Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie**: Entwicklung mehrt die Ressourcen der Menschen und fördert so ihr Streben nach Selbstentfaltung, wodurch sie der Wahlfreiheit hohe Bedeutung beimessen. Da demokratische Institutionen den größten Spielraum für freie Entscheidungen bieten, **streben** Menschen mit diesen Werten tendenziell **nach Demokratie**.²⁵ Daher sind es auch nicht am stärksten die Besitzlosen, die sich Demokratie und demokratische Institutionen wünschen, sondern Menschen, die über relativ große wirtschaftliche und kognitive Ressourcen verfügen und deren Fokus weniger auf dem reinen Überleben und mehr auf der individuellen Selbstentfaltung liegt.²⁶

III. Demokratie führt zu Wohlstand

In ihrem Aufsatz „Democracy Does Cause Growth“ stellen die Wissenschaftler Daron Acemoğlu, Suresh Naidu, Pascual Restrepo

und James A. Robinson eine Gegenthese zu der inzwischen – beispielsweise unter Verweis auf die rasante wirtschaftliche Entwicklung im nicht demokratischen China – weit verbreiteten Ansicht auf, demokratische Institutionen seien im besten Fall irrelevant und im schlechtesten Fall ein Hindernis für ökonomisches Wachstum.²⁷

Ihre Untersuchung, die eine Gruppe von Ländern in den Jahren 1960 bis 2010 in den Blick nimmt, kommt zu dem Ergebnis, dass **Demokratie sehr wohl zu Wachstum führt** und ihr Effekt signifikant und beträchtlich ist. Den dargestellten Ergebnissen nach erreicht ein Land, das sich zu einer Demokratie gewandelt hat, über den Zeitraum der nächsten 25 Jahre ein um rund **20 % höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf** als ein Land, welches diesen Wandel nicht vollzieht.²⁸

Die Autoren beschäftigen sich auch mit der Frage, auf welchen Wegen Demokratie zu einem höheren Bruttoinlandsprodukt und Wachstum beiträgt. Sie benennen mehrere relevante Einflussfaktoren. So deuten ihre Erkenntnisse darauf hin, dass Demokratien **höhere Investitionen** und eine größere Offenheit für **Handel** erzeugen, Wachstum schaffende **wirtschaftliche Reformen** fördern, höhere **Steuern** erheben, die zur Verbesserung der Bereitstellung von Schulbildung und Gesundheitsversorgung eingesetzt werden, und **sozialen Unruhen** entgegenwirken, was sich ebenfalls positiv auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken kann.²⁹

²² Vgl. Welzel und Inglehart, S. 129 und 132.

²³ Vgl. Welzel und Inglehart, S. 134.

²⁴ Vgl. Welzel und Inglehart, S. 130 und 134.

²⁵ Vgl. Welzel und Inglehart, S. 131.

²⁶ Vgl. Welzel und Inglehart, S. 138.

²⁷ Vgl. Daron Acemoğlu, Suresh Naidu, Pascual Restrepo und James A. Robinson, ‚Democracy Does Cause Growth‘, *Journal of Political Economy*, 127.1 (2019), S. 47–100 (S. 48).

²⁸ Vgl. Acemoğlu et al., S. 48.

²⁹ Vgl. Acemoğlu et al., S. 51 und 89.

Diese Studie befasst sich hauptsächlich mit dem Effekt von Demokratie auf das allgemeine wirtschaftliche Wachstum eines Landes. In ihrem Buch „Macht und Fortschritt“ zeigen die Wissenschaftler Daron Acemoğlu und Simon Johnson zusätzlich auf, dass die effektive Durchsetzung **demokratischer Werte** wie Partizipation und Mitbestimmung sowie ein **institutioneller Rahmen**, der etwa mithilfe von Gewerkschaften für einen Ausgleich der verschiedenen Kräfte sorgt, ermöglichen, dass nicht nur kleine Eliten von technologischem Fortschritt profitieren, sondern **geteilter Wohlstand** für viele entsteht, mit verbesserten materiellen Lebensbedingungen, besserer Bildung und mehr Gesundheit.³⁰

In der Vergangenheit führten demokratische Entwicklungen mehrmals zu wohlfördernden Rahmenbedingungen. Beispiele sind „der **Wettbewerb um Wählerstimmen**, der Aufstieg der **Gewerkschaften** und die Gesetze zum Schutz der **Arbeitnehmerrechte**“ im 19. Jahrhundert in Großbritannien und der „**institutionelle [...] Ordnungsrahmen**“, der in vielen Ländern im Westen und einigen asiatischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg dafür sorgte, dass „Produktivitätszuwächse zwischen Arbeitgebern, Führungskräften und Arbeitnehmern geteilt wurden.“³¹

Acemoğlu und Johnson kommen daher zu dem Schluss, dass Fortschritt kein Selbstläufer ist und Wohlstandszugewinne für die gesamte Gesellschaft nicht zwangsläufig aus der Einführung neuer Technologien folgen.³² Stattdessen hängt es von „**wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen**“ ab, ob die breite Bevölkerung von neuen Technologien profitiert.³³

Diese Erkenntnis wird auch in den kommenden Jahren, die von der (neuen) Technologie der **Künstlichen Intelligenz** geprägt sein werden, von Bedeutung sein.

IV. Wohlstand erhält Demokratie am Leben

Die Politikwissenschaftler Adam Przeworski, Michael Alvarez, José Antonio Cheibub und Fernando Limongi kommen in ihrem Aufsatz „What Makes Democracies Endure?“ zu dem Schluss, dass das Geheimnis **demokratischer Beständigkeit** in der **wirtschaftlichen Entwicklung** zu liegen scheint.³⁴

Ihre Analyse, die sich auf Daten über das Überleben und Sterben politischer Regime in 135 Ländern in einem Zeitraum von 1950 bis 1990 stützt, ergibt, dass es neben einigen anderen Aspekten vor allem wirtschaftliche Faktoren wie **Wohlstand, Wachstum** mit moderater Inflation und abnehmende **Ungleichheit** sind, die zum Überleben einer Demokratie beitragen.³⁵

³⁰ Vgl. Daron Acemoğlu und Simon Johnson, *Macht und Fortschritt: Unser 1000-jähriges Ringen um Technologie und Wohlstand* (Campus Verlag, 2023), und Gero Maaß, ‚Daron Acemoğlu, Simon Johnson: Macht und Fortschritt‘, Friedrich Ebert Stiftung <<https://www.fes.de/asd/buch-essenz/ace-moglu-johnson-macht-und-fortschritt>> [zuletzt geprüft am 05.03.2026].

³¹ Acemoğlu und Johnson, S. 14 und S. 255.

³² Vgl. Acemoğlu und Johnson, S. 14.

³³ Acemoğlu und Johnson, S. 23.

³⁴ Vgl. Adam Przeworski, Michael Alvarez, José Antonio Cheibub und Fernando Limongi, ‚What Makes Democracies Endure?‘, *Journal of Democracy*, 7.1 (1996), S. 39–53 (S. 50).

³⁵ Vgl. Przeworski et al., S. 39. Weitere zentrale Aspekte für das Überleben von Demokratien sind ein begünstigendes internationales Klima und parlamentarische Institutionen.

Die Forscher stellen fest, dass der **wirtschaftliche Entwicklungsstand** einer Demokratie sehr starken Einfluss auf ihre Überlebenswahrscheinlichkeit hat. Je geringer das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in einem Land, desto fragiler die Demokratie.³⁶ Zu den möglichen Gründen für die größere Beständigkeit von Demokratien in weiter entwickelten Ländern zählen die geringere Intensität von **Verteilungskonflikten** in Ländern mit höheren Einkommen und die höhere Wahrscheinlichkeit, dass Demokratien in weiter entwickelten Ländern zum Zeitpunkt ihrer Entstehung einen besseren **institutionellen Rahmen** schaffen.³⁷ So deuten die Ergebnisse darauf hin, dass ärmere Länder mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als wohlhabendere Länder die Form einer **präsidialen Demokratie** wählen, präsidiale Demokratien aber deutlich fragiler sind und eine geringere Überlebenswahrscheinlichkeit als **parlamentarische Demokratien** besitzen.³⁸

Demokratie kann aber nicht nur in wohlhabenden, sondern auch in ärmeren Ländern überleben, sofern sie **wirtschaftliches Wachstum mit einer moderaten Inflationsrate** erzeugt. Daher bestätigen die Autoren die Annahme der Wissenschaftler Larry Diamond und Juan Linz, dass **Wirtschaftskrisen eine der häufigsten Bedrohungen für die demokratische Stabilität** darstellen. Umgekehrt betrachtet ist **Wirtschaftswachstum**

förderlich für das Überleben von Demokratie. Je höher das Wirtschaftswachstum, desto höher die Überlebenswahrscheinlichkeit der Demokratie. Eine weitere Bedrohung für demokratische Stabilität ist **Inflation**. Eine moderate Inflationsrate fördert die demokratische Stabilität.³⁹

Schließlich ergibt die Analyse, dass die Überlebenswahrscheinlichkeit einer Demokratie sehr viel größer ist in Ländern, in denen die **Einkommensungleichheit** im Laufe der Zeit abnimmt.⁴⁰

V. Ungleich verteilter Wohlstand gefährdet die Demokratie

In ihrem Aufsatz „Income Inequality and the Erosion of Democracy in the Twenty-First Century“ beschreiben die Politikwissenschaftler Eli G. Rau und Susan Stokes **Risikofaktoren für Erosionsprozesse** in modernen Demokratien anhand einer großen länderübergreifenden statistischen Studie. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die beiden Probleme der **wirtschaftlichen Ungleichheit** und der **Erosion demokratischer Normen und Institutionen** zusammenhängen. Anhand des Grads der wirtschaftlichen Ungleichheit lässt sich mit am genauesten vorhersagen, welche Demokratien Erosionsprozessen ausgesetzt sein werden. Eine große wirtschaftliche Ungleichheit macht selbst wohlhabende und bereits lange bestehende Demokratien **anfällig**.⁴¹

³⁶ Vgl. Przeworski et al., S. 40–41.

³⁷ Vgl. Przeworski et al., S. 41.

³⁸ Vgl. Przeworski et al., S. 47 und 49.

³⁹ Vgl. Przeworski et al., S. 42.

⁴⁰ Vgl. Przeworski et al., S. 43.

⁴¹ Vgl. Eli G. Rau und Susan Stokes, „Income Inequality and the Erosion of Democracy in the

Twenty-First century“, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 30. Dezember 2024, <<https://www.pnas.org/doi/e-pub/10.1073/pnas.2422543121>> [zuletzt geprüft am 05.03.2026]. Demokratische Erosion beschreibt die aktuelle Entwicklung in vielen Ländern, dass gewählte Staatsoberhäupter die Normen und Institutionen der Demokratie

Erklärungsansätze, warum die Demokratie durch wirtschaftliche Ungleichheit gefährdet wird, sind zahlreich. Ein wichtiger Faktor ist die **Polarisierung der Gesellschaft**, die durch Ungleichheit verstärkt wird und einen Schlüsselfaktor der demokratischen Erosion darstellt.⁴² Ein weiterer Aspekt ist die durch die Bürgerinnen und Bürger empfundene **Ungerechtigkeit** mit Blick auf ihr Einkommen und ihre Möglichkeiten zur Lebensgestaltung. Die wahrgenommene Ungerechtigkeit lässt sie **zynisch** werden bezüglich des Systems im Allgemeinen und **schwächt** ihr **Engagement** für und **Vertrauen** in die politischen Normen und Institutionen – einschließlich Parlamente, Gerichte, staatliche Behörden und sogar Wahlen.⁴³

Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama befasst sich in seinem Aufsatz „Poverty, Inequality, and Democracy: Dealing with Inequality“ ebenfalls mit den möglichen Folgen von Ungleichheit für Demokratien und stellt verschiedene Argumentationsansätze vor. So wird in der Forschung einmal darauf hingewiesen, dass das **soziale Vertrauen** zwischen Armen und Reichen in sehr ungleichen Gesellschaften tendenziell geringer ist, was negative Auswirkungen auf die Demokratie hat.⁴⁴ Außerdem legt eine Studie nahe, dass wirtschaftliche Spaltung oft mit ethnischer oder religiöser Spaltung korrespondiert, so dass viele Konflikte in armen Ländern, die als

ethnische Auseinandersetzungen gelten, tatsächlich auf den **Kampf um Ressourcen** in stark ungleichen Gesellschaften zurückzuführen sind.⁴⁵ Eine andere Forschungsrichtung legt schließlich nahe, dass Ungleichheit zu einem **geringeren Wirtschaftswachstum** führt, was sich wiederum negativ auf die Aussichten für eine Festigung der Demokratie auswirkt.⁴⁶

VI. Fazit

Die dargestellten Erkenntnisse sind vielfältig. Dennoch zeigt dieser Beitrag eines ganz klar: Es besteht ein **Zusammenhang zwischen Demokratie und Wohlstand**. Diese beiden Faktoren müssen zusammengedacht werden, denn sie beeinflussen sich gegenseitig. Daraus lassen sich sowohl **Risiken** als auch **Chancen** für die Demokratie ableiten.

Wirtschaftliche Herausforderungen wie ein geringes Wachstum, hohe Inflationsraten oder ökonomische Ungleichheit können die **Stabilität der Demokratie gefährden**. Das mahnt zu erhöhter demokratischer Wachsamkeit und einer bewussten Stärkung der Demokratie in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Vor diesem Hintergrund stellt die bei der diesjährigen Landtagswahl auf 68,5 % **gestiegene Wahlbeteiligung** zwar eine positive Entwicklung dar, es bleibt aber weiterhin eine wichtige Aufgabe, die demokratischen Prozesse zu stärken und die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an ihnen zu fördern.⁴⁷

missachten und sie dadurch gefährden. Dies geschieht etwa durch Schikanierung der Presse, eine Schwächung der Unabhängigkeit der Gerichte oder das Untergraben des Vertrauens der Öffentlichkeit in Wahlen.

⁴² Vgl. Rau und Stokes.

⁴³ Vgl. Rau und Stokes.

⁴⁴ Vgl. Francis Fukuyama, 'Poverty, Inequality, and Democracy: Dealing with Inequality', *Journal of Democracy*, 22.3 (2011), S. 79–89 (S. 83).

⁴⁵ Vgl. Fukuyama, S. 83–84.

⁴⁶ Vgl. Fukuyama, S. 84.

⁴⁷ Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, 'Wahlbeteiligung: Auf dem Land wird mehr gewählt',

Gleichzeitig offenbart der aufgezeigte Zusammenhang zwischen Demokratie und Wohlstand, dass **wirtschaftspolitische Entscheidungen**, für die durch den Ausgang der Landtagswahl die Weichen gestellt wurden, zur **Stärkung demokratischer Systeme** beitragen können, etwa indem Maßnahmen gegen wirtschaftliche Ungleichheit ergriffen werden.⁴⁸

Schließlich ist eine Stärke von Demokratie offenbar geworden: Demokratische Regierungssysteme tragen mit ihren Institutionen und Rahmenbedingungen dazu bei, dass sich **Wohlstand bilden** und in der Gesellschaft **verteilen** kann.

25. März 2026, <<https://landtag-rlp.de/de/aktuelles/aktuelles-aus-dem-landtag/wahlbeteiligung-auf-dem-land-wird-mehr-gewaehlt-24334>> [zuletzt geprüft am 07.04.2026].

⁴⁸ Vgl. Rau und Stokes.